

liehen Gesichtspunkten durchzuführende Arbeit als Beamter. Der Beamte aber kann nicht abseits leben vom Volke, er muß der Träger des politischen Willens des Volkes sein. Wir müssen einen neuen Verwaltungsbeamten schaffen, einen neuen Typus heranbilden, der das ganze Gegenteil von dem volksfremden und selbtherrlichen Bürokraten ist. Das gilt besonders in der Gemeindeverwaltung. Hier hat der Angestellte täglich mit der Bevölkerung zu tun. Er ist der sichtbare Vertreter der neu zu errichtenden Verwaltung. Sorgen wir dafür, daß in unseren Gemeindeämtern ein freundlicher, hilfsbereiter und unbürokratischer Ton herrscht. Sorgen wir dafür, daß der preußische Beamten-
disput verschwindet, der hinter Bergen von Akten verschant die Bevölkerung tyrannisiert und glaubt, daß sie für ihn da sei. Gewöhnen wir uns daran, daß echtes demokratisches Leben in der Gemeinde nicht ohne Diskussion und Kritik gedeihen kann. Fordern wir die Bevölkerung auf zur Kritik, lernen wir aus ihren Wünschen und Vorschlägen und tun wir alles, damit ein reger geistiger Austausch zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung stattfindet.

Denn je weitere Kreise zur Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben der Gemeinde herangezogen werden, um so mehr wächst das Interesse und das Verantwortungsgefühl dem demokratischen Gemeinwesen gegenüber. Nicht der Bürgermeister ist der beste, dessen Verwaltungsapparat bis ins Letzte durchbürokratisiert ist und reibungslos läuft, sondern der Bürgermeister dient der demokratischen Entwicklung, der auf vielgestaltigsten Wegen seine Bevölkerung zur aktiven Mitarbeit in der Verwaltung heranzieht und im engsten Kontakt mit ihr steht. Deshalb ist es not-

wendig, daß in den Arbeitsausschüssen die Einwohner und die demokratischen Organisationen in weitestem Umfange mitarbeiten. In den Ausschüssen für das Wohnungswesen, für die Ernährung, für das Volksbildungswesen, in den Ausschüssen für Sozialfürsorge, kurz auf allen Gebieten der Gemeindeverwaltung muß die Bevölkerung mithelfen, beraten und wo nötig auch kritisieren. Die von Zeit zu Zeit stattfindenden Wahlen und die Tätigkeit der Gemeindevertretung allein genügen bei weitem nicht. Dadurch ist noch keine wahrhafte Demokratie in der Gemeinde gewährleistet. Die Bevölkerung muß an ihrer Gemeinde, an der Gestaltung des Gemeindelebens interessiert werden und es muß der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, selbsttätig die Verwaltung mitzutragen und mit zu beeinflussen. Hierher gehört auch die Forderung, daß die gesamte Gemeindeverwaltung unter öffentlicher Kontrolle durch die Gemeindebewohner stehen muß. Wir fordern deshalb die regelmäßige demokratische Berichterstattung der Verwaltungen vor der Bevölkerung der Gemeinde mit allgemeiner Aussprache. Hier soll der Bürgermeister mit seinen verantwortlichen Dozenten der Bevölkerung berichten, was in der zurückliegenden Zeit von der Verwaltung für die Gemeinde und ihre Einwohner getan worden ist. Die Möglichkeit der öffentlichen Kontrolle der Gemeindeverwaltung durch die Bevölkerung verpflichtet die Verantwortlichen zu sauberer und tatkräftiger Führung der Gemeindegeschäfte, die jeder Kritik standhalten kann. In der freien Aussprache muß die Bevölkerung die Möglichkeit haben, ihre Wünsche, Vorschläge und Kritiken vorzubringen. Durch diese Maßnahmen wird das Vertrauensverhältnis zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung gefestigt. Dadurch wird die Kluft beseitigt, die zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung bisher häufig bestanden hat, wodurch die freie Entfaltung der demokratischen Kräfte im Gemeindeleben stark beeinträchtigt, wenn nicht gar verhindert wurde. Wir müssen unsere ganze Kraft dainsetzen, daß in der Gemeinde die aufbauwilligen antifaschistisch-demokratischen Kräfte mitarbeiten können und dadurch fest an das Leben und an die Entwicklung ihrer Gemeinde gebunden werden. Je kräftiger und umfassender sich der Wille zur Mitarbeit am demokratischen Neuaufbau in der Gemeinde entfalten kann, um so kräftiger wird die demokratische Entwicklung im Staate selbst. Denn die Gemeinde ist die kleinste Gemeinschaft im Staate, eine organische Einheit. Ihre Lebenskraft und ihr Wille zur fortschrittlichen Demokratie sind die unerläßlichen Voraussetzungen für die Entfaltung einer lebendigen und vom Volke getragenen Demokratie im Staate.

Für diese freie und sich selbst verwaltende Gemeinde kämpft die SED in den Gemeindewahlen. Wir wissen, daß die antifaschistisch-demokratische Entwicklung nicht zu trennen ist von der Entfaltung der demokratischen Kräfte in den Gemeinden. Gesunde Gemeinden, saubere und gerechte Verwaltung, volksverbundene und hilfsbereite Angestellte, allseitige aktive Anteilnahme der Bevölkerung am Planen und praktischer Aufbauarbeit in der Gemeinde, schärfste Kritik gegen Unsauberkeit und Mißstände durch die Bevölkerung, das " alles sind unerläßliche Voraussetzungen für die Demokratisierung des Gemeindelebens. Der Sieg der SEI) bedeutet deshalb zugleich Sicherung der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung in Gemeinde und Staat.

Die SED-Kreisleitung Erfurt rief die Genossen zu einer Enttrümmerungsaktion auf. In zwei Tagen arbeiteten 220 Genossen je 5 1/2 Stunden auf dem Gelände der zerstörten Humboldtschule (Foto: SN B)

